

Protokoll Siebte „Kiewer Gespräche“

2.-3. Juni 2011, Kiew

Wahlen- Parteien- Politische Bewegungen

Donnerstag, 2. Juni 2011

Veranstaltungsort: Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine

Die Teilnehmer und Gäste der „Siebten Kiewer Gespräche“ wurden von Frau Anka Feldhusen (Geschäftsträgerin der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Ukraine), Myroslav Popovych (Philosoph, Schirmherr der Kiewer Gespräche) und Stefanie Schiffer vom Europäischen Austausch begrüßt.

In der ersten Keynote speech der Konferenz, gab **Jurij Jakymenko** (Razumkow-Zentrum Kiew) eine **Bestandsaufnahme der Wahlen und Parteien in der Ukraine**, erklärte die Aktualität und die besonderen Herausforderungen des Themas. Herr Jakymenko unterstrich, dass Wahlen und Parteien zwei Seiten einer Medaille seien, da die Parteien ihre Legitimation durch Wahlen erhalten, gleichzeitig Wahlen funktionierender Parteien bedürfen. Die Parteilandschaft in der Ukraine in den letzten 20 Jahren hat sich erheblich gewandelt. Jakymenko bezeichnete die ersten Jahre nach der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 als „romantische Zeit“, als die Umrisse der Parteilandschaft entstanden, erste Wahlen unter Beteiligung mehrerer unabhängiger und konkurrierender Parteien stattfanden und ideologische Nischen besetzt wurden. Danach trat mit der „Pragmatisierungsphase“ eine Wende in der Parteilandschaft ein, als mehr und mehr Parteien aus der Geschäftswelt gegründet wurden. Die ersten Jahre im neuen Jahrhundert standen dann unter dem Zeichen der Aktion „Ukraine ohne Kutschma“, eine relative Stabilisierung der Parteienlandschaft trat ein. Dies änderte sich jedoch in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehntes in der eine zunehmende Steuerung der großen politischen Parteien durch einflussreiche Wirtschaftsakteure einsetzte. Die Parteien verloren zusehends ihre gesellschaftliche Repräsentationsfunktion und wurden mehr und mehr zu Interessenvertretungen einzelner wirtschaftlicher Gruppierungen. Laut Jakymenko hätte ein anderes Parteisystem entstehen können, wenn man das Parteiensystem an sozioökonomischen Faktoren orientiert hätte. Jakymenko unterstrich die These, dass die Ukraine Veränderungen im Parteiensystem braucht, so dass die Parteien künftig gesellschaftliche Realität und nicht wirtschaftliche Partikularinteressen vertreten könnten.

Die stellvertretende Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Frau **Zhanna Usenko-Chorna**, äußerte in ihrer Keynote speech die **Sicht der Zentralen Wahlkommission auf den kurz vor der Konferenz veröffentlichten Entwurf eines neuen Wahlgesetzes**. Sie ging zunächst auf die Frage der Kodifizierung der Wahlgesetzgebung ein und wies darauf hin, dass die Ukraine für eine kodifizierte Wahlgesetzgebung, wie sie in einigen anderen postsowjetischen Staaten gegeben ist, reif sei. Den Entwurf des neuen Wahlgesetzes bezeichnete Usenko-Chorna als „einen Schritt zurück“, der die Ukraine hinter das Jahr 1998 wirft. In ihrem Vortrag warnte sie, dass der in seiner jetzigen Form veröffentlichte Gesetzentwurf für die Gesellschaft gefährlich sein könne, da die Rückkehr zum gemischten Wahlsystem und die Erhöhung der Sperrklausel von 3% auf 5% in Kombination mit dem Verbot der Bildung von Wahlblöcken den Einzug kleinerer Parteien ins Parlament verhindern würde. Sie bezeichnete das Wahlgesetz als „den letzten Posten für die Erhaltung des demokratischen Milieus im Lande“. Auch die Abschaffung der Spalte „gegen alle“ wurde von ihr kritisiert.

Panel I: Standards für Wahlgesetzgebung, welche Mängel bestehen und wie sind sie aufzuarbeiten? Verbesserung für Wahlgesetzgebung.

Im Anschluss an die beiden Vorträge diskutierten unter der Moderation von **Heike Dörrenbächer** (Friedrich Naumann Stiftung, Kiew) die stellv. Justizministerin Inna Emelyanova, Direktorin der NDI-Vertretung in der Ukraine Kristina Wilfore, Rada-Abgeordneter Yuriy Klyuchkovsky und Denis Kovryzhenko vom Laboratorium für Gesetzgebungsinitiativen das Thema „Standards für Wahlgesetzgebung. Welche Mängel bestehen und wie sind sie aufzuarbeiten?“

Inna Emelyanova ging in ihrem Beitrag auf die Arbeit der Arbeitsgruppe ein, die den Gesetzentwurf vorbereitet hat. Sie unterstrich, dass die Arbeit der Gruppe entgegen häufig publizierter Vorwürfe offen war, dass der neue Gesetzentwurf nicht das Produkt des Ministeriums allein, sondern die gemeinsame Ausarbeitung der gesamten Arbeitsgruppe sei. In der Arbeitsgruppe waren laut Emelyanova außer ihr und zwei weiteren Vertretern des Ministeriums Mitglieder aus der Zivilgesellschaft, politischen Parteien (darunter auch oppositionellen) und aus der Zentralen Wahlkommission vertreten. Die Vorwürfe, dass nicht alle Vorschläge in der Gruppe zur Verbesserung der Wahlgesetzgebung angenommen worden seien, wies sie zurück. Sie erklärte, dass die Zahl der Vorschläge sehr groß war. Zu der 5% Hürde erläuterte sie, dass deren Erhöhung nicht dem Ziel diene, die politischen Opponenten zu schwächen, sondern diejenigen Parteien zu stärken, die in der Lage sind, Reformen durchzuführen und die dazu das Vertrauen der Wähler erhalten. Sie wies darauf hin, dass ähnliche Hürden bereits in Polen, Deutschland, Ungarn, Tschechien, Litauen und Lettland bestehen. Sie betonte, dass die 5% Hürde von allen Parteien befürwortet wurde. Das Ausschließen der Bildung von Wahlblöcken erklärte sie mit der Begründung, dass die bestehenden Blöcke innere Konflikte haben, was negativen Einfluss auf die Arbeit des Parlaments habe. Als positive Eigenschaften des Gesetzentwurfes hob sie die Erweiterung der Möglichkeiten von Wahlbeobachtern sowie die Erhöhung der Qualifikation der Wahlkommissionen hervor.

Yuri Klyuchkovsky kommentierte die Vor- und Nachteile des aktuellen Wahlgesetzentwurfs. Er wies darauf

hin, dass der Gesetzentwurf nicht vom Parlament, sondern von einer externen, geschlossenen Gruppe erarbeitet worden. Geschlossene Listen – wie im Entwurf vorgesehen – sind gegenüber offenen Listen laut Klyuchkovsky korruptionsanfällig. Als negativ bezeichnete er auch die Regelung für die Kandidatenaufstellung und die Formierung der Wahlkommissionen. Von den neuen Regelungen unterstützte Klyuchkovsky diejenige, dass keine Wahlblöcke gebildet werden sollen. Weiterhin kritisierte Klyuchkovsky die Regelung, dass die Vorschläge für die Wahllisten nicht öffentlich gemacht werden müssen.

Kristina Wilfore erklärte in ihrem Beitrag, dass das NDI aus der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des neuen Wahlgesetzes wegen der nicht eingehaltenen Transparenz-Standards ausgetreten ist. Sie kritisierte außerdem die Tatsache, dass keine Diskussionen zur Arbeitsweise der AG geführt worden seien. Darüber hinaus äußerte sie Besorgnis, dass es bei dem im Gesetzentwurf nun vorgesehenen gemischten Wahlsystem erneut – vor allem bei der Wahl der Direktkandidaten - zu Wahlfälschungen kommen kann. Auch sie kritisierte die vorgesehenen geschlossenen Listen und empfahl die Einführung offener Parteienlisten für die nach dem Verhältniswahlrecht zu wählenden Kandidaten. Der Zuschnitt der Wahlbezirke müsse kontrolliert werden und dürfe nicht zur Benachteiligung einzelner Parteien führen. Am Ende ihres Vortrages ging sie auf die Notwendigkeit der offenen Debatten und Schaffung von transparenten Strukturen in der Frage der Wahlgesetzgebung ein.

Denis Kovryzhenko beendete das Panel. Im Gegensatz zu seiner Vorrednerin bezeichnete er die Arbeit der Arbeitsgruppe als transparent. Er warnte jedoch vor der Gefahr, dass die Parteien keine ausreichenden öffentlichen Debatten über ihre Programme und Kandidaten führen könnten. Er wies darauf hin, dass viele solcher Diskussionen von Organisationen durchgeführt werden, die ohne ausreichende Fachkompetenz zu Spekulationen beitragen und die notwendige Information der Bevölkerung nicht befördern würden.

Freitag, 3. Juni 2011 (Veranstaltungsort: Hotel „Rus“)

Panel II

Aufgaben des Aufbaus von Parteien und Funktionen der politischen Parteien in der Ukraine

Der zweite Tag der Konferenz begann mit einer von **Ursula Koch-Laugwitz** von der Friedrich-Ebert-Stiftung Kiew moderierten Podiumsdiskussion mit Julia Tyshchenko (Ukrainian Institute for Political Researches), Melanie Sully (Institut für Parlamentarismus und Demokratie Wien) und Bogusław Liberadzki, MEP. Diskutiert wurde unter anderem die Frage, welche Optionen es für die Entwicklung einer bürgernahen und gesellschaftlich relevanten Parteienlandschaft in der heutigen Ukraine mit 188 registrierten Parteien gibt, von denen die meisten kein Geld, keinen nennenswerten Mitgliederstamm und keine stabilen Verbindungen zur Gesellschaft haben. Es wurden Regulierungen, instrumentelle Komponente und Perspektiven der Parteienentwicklung diskutiert. Der Vertreter der Regierungspartei, Yuriy **Miroshnychenko** musste seine Teilnahme am Podium kurzfristig absagen.

Julia Tyshchenko wies darauf hin, dass 85% der ukrainischen Bevölkerung heute keine Mitglieder in den Parteien sind, die meisten auch nicht an politischen Bewegungen teilnehmen und dem politischen Leben

generell apathisch gegenüber stünden. Sie warnte vor dem Dominieren einer einzigen politischen Kraft, in der Parteilandschaft. Sie unterstrich, dass es in der Ukraine keine ideologischen Parteien gibt. Außerdem, so Tyschenko, sind regionale Gliederungen schwach ausgebaut, was ein wichtiges Hindernis in der weiteren Entwicklung des politischen Lebens darstellt.

Melanie Sully gab ihren Blick auf die Situation aus Wien. Sie wies darauf hin, dass es auch in den USA kaum Parteien gibt, die tatsächlich ideologisch-politische Programme hätten. Sie haben eher Manifeste, die sie verkaufen. Eine typische Partei soll jedoch, laut Sully, über ein großes Potential zur Mobilisierung ihrer Wähler verfügen. Außerdem sprach sie von der neuen Generation in der Ukraine, die heute zwar unpolitisch aufwächst und dementsprechend labil und wenig vorhersehbar wählt, deren konstruktiver Beitrag jedoch eine wichtige Rolle in der künftigen Politik der Ukraine spielen wird. Sie wies auf die Notwendigkeit von Gentleman-Agreements zwischen Wählerschaft und Parteien in der Politik hin: Die Parteien, so Sully, sollten sich nicht nur während des Wahlprozesses entwickeln sondern auch nach dem Prozess, also zwischen den Wahlen. Das Parlament sollte als Organ angesehen werden, das einen Beitrag zur Stabilität einer Regierung leistet.

Bogusław Liberadzki beschrieb die Veränderungen in der Ukraine mit Bezug auf Polen. Seiner Meinung nach sind die Korruptionsprobleme nicht nur in der Ukraine zu beobachten. Er unterstrich, dass die Menschen eine Möglichkeit haben müssen zu sagen „das ist unsere Partei“, so dass sie sich mit der Partei identifizieren können. Er plädierte für eine politisch balancierte Parteienlandschaft, wo sich, ähnlich wie in Deutschland, die Parteien zwischen links, rechts und Mitte verteilen.

Ursula Koch Laugwitz unterstrich in der anschließenden Diskussion die Bedeutung der politischen Basisarbeit in den Ortsverbänden und das ehrenamtliche Engagement der vielen einzelnen Parteimitglieder, das Parteien überhaupt erst handlungsfähig macht, und die in der Ukraine gegenüber den medienwirksamen Aktionen der Spitzenpolitiker oft nicht ausreichend gewürdigt wird.

Nach der Kaffeepause wurden die Diskussionen bei zwei parallelen Fachgesprächen fortgesetzt.

Das erste, moderiert von **Kyryl Savin** von der Heinrich Böll Stiftung war dem Thema „**Medien im Wahlkampf – Der Widerspenstigen Zähmung?**“ gewidmet. Unter der Leitung von Savin sprachen Thomas Urban („Süddeutsche Zeitung“, Warschau), Serhiy Rakhmanin (Wochenzeitung „Dzerkalo Tyzhnya“), Valeri Ivanov (Akademie der Ukrainischen Presse) und Viktoriya Syumar (Institute für Mass Media) darüber, wer die Medien in Wahlkampfsituationen kontrolliert, welchen Einflüssen sie unterliegen und vor allem über die Situation im ukrainischen Journalismus.

Viktoriya Syumar erklärte, dass ihrer Meinung nach in der Ukraine die JournalistInnenausbildung zur Zeit nicht die Möglichkeit gibt, die wesentlichen Elemente der Journalistik und auch das Funktionieren des Medienmarkts zu verstehen. Sie unterstrich, dass es heute in der Ukraine keinen normalen Medienmarkt gibt, u.a. weil man ausländische Investoren nicht auf diesen Markt zulässt. Außerdem, so Syumar, gibt es heute in der Ukraine zu wenig qualitativen Journalismus und zu wenig herausragende JournalistInnen-Persönlichkeiten. Auch fehlt die Solidarität zwischen den Journalisten.

Diese Meinung teilte auch **Serhij Rakhmanin**. Er beklagte zusätzlich, dass besonders politische Journalisten in der Ukraine heute eine schwere Zeit hätten. Die Journalisten selbst verstünden ihre soziale Mission und ihre gesellschaftliche Verantwortung nicht, sie seien politisch desorientiert und haben nicht das entsprechende fachliche Niveau, was auch er auf die Qualität der journalistischen Ausbildung zurückführt, die in der Ukraine immer noch nicht optimal sei. Die jüngste Reform der Steuergesetzgebung führte dazu, dass es in der Ukraine noch schwerer geworden sei, eine Zeitung herauszugeben. Die genannten Schwierigkeiten könnten durch eine größere Beteiligung von Journalisten in zivilgesellschaftlichen Bewegungen und Kampagnen verändert werden.

Valerij Ivanov informierte, dass bei den ukrainischen Fernsehsendern 76% der Sendezeit der Arbeit der Regierungsparteien gewidmet sind und nur 16% - der Opposition. Außerdem sind Themen wie Menschenrechte oder Meinungsfreiheit sehr unpopulär – sie nehmen nur 2% der Medienzeit ein. Die Journalistenausbildung, so Ivanov, habe zwar viele Nachteile, „richtig verdorben“ würden die Journalisten aber erst bei der Arbeit.

Thomas Urban sprach davon, dass Zeitungen wie „Dzerkalo Zyzhnya“ oder „Ukrajinska Pravda“, die sehr gut schreiben, dennoch nur für eine kleine Zahl von Menschen in Kiew zugänglich seien. Sie müssten ihren Vertrieb erweitern und breiter rezipiert werden können, sie sollten auch zu Zeitungen für die „einfachen“ Menschen werden. Er betonte, dass die drei Kategorien, wie Neutralität, Solidarität und Unabhängigkeit in keinem einzigen Land wirklich funktionieren würden und als Orientierungsmodell zu verstehen seien. Zum Thema „Neutralität“ meinte Urban, dass ein absolut neutraler Journalist nicht zu finden sei, weil alle ihre eigenen politischen Überzeugungen haben. Was die Unabhängigkeit betrifft, so arbeiten in Deutschland bspw. die Zeitungskonzerne genau so, wie alle andere und mischen sich nicht in die Arbeit der Journalisten ein.

Im zweiten Fachgespräch, das parallel stattfand ging es um die einheimische Wahlbeobachtung in der Ukraine. Moderiert von **Stefanie Schiffer** (Europäischer Austausch) diskutierten Lilja Schibanowa („Golos“, Moskau), Serhij Tkachenko („Wählerkomitee der Ukraine“, (CVU) Donetsk), Olha Aivasovska („Opora“, Kiew) und Tigran Karapetyan (OSZE, Kiew) zum Thema **„Einheimische Wahlbeobachtung in der Ukraine – zivilgesellschaftlicher Watchdog außer Dienst?“**

Serhij Tkachenko zeichnete die Veränderungen in der einheimischen Wahlbeobachtung in der Ukraine in den letzten Jahren nach: während es 2002 für 3.000 Wahllokale noch 24.000 einheimische Beobachter gab, so waren es 2007 nur noch 5.000 und 2009 – nur noch 2.000 Beobachter. Die Kapazitäten der einheimischen Wahlbeobachtung wurden von der quantitativen Kurzzeitbeobachtung in Richtung qualitative Langzeitbeobachtung verschoben. Wichtig sei heute, dass die Wahlbeobachtungsorganisationen während des gesamten Wahlprozesses aktiv seien und nicht nur der Wahltag, sondern auch die Perioden der Bildung der Wahlkommissionen, der Kandidatenregistrierung, der Agitation und die post-election Phase beobachtet und dokumentiert würden. Tkachenko berichtete von der Bildung einer Koalition der vier größten Organisationen, die Wahlbeobachtung durchführen („Opora“, „Wählerkomitee“, „Laboratorium für Gesetzgebunginitiativen“ und „Ukrainisches Unabhängiges Zentrum für politische Forschung“) und deren

laufenden Abstimmungen zur Beobachtung der anstehenden Parlamentswahlen im Jahr 2012. Außerdem berichtete Tkachenko von einem Projekt des Europarats, das vorsieht, die Strukturen der einheimischen Wahlbeobachtung in den Ländern der Östlichen Partnerschaft weiter zu qualifizieren und zu vernetzen.

Oiha Aivasovska betonte die Wichtigkeit der Analyse internationaler Erfahrung für dieses Konsortium und berichtete von den Methoden der kurz- und langfristigen Beobachtung, die „Opora“ in der Ukraine anwendet. Sie plädierte für die Konkretisierung und Präzisierung der Arbeit von Wahlbeobachtern, auch bei der Überzeugungsarbeit mit den Regierungsvertretern. Sie erklärte auf Nachfrage die Position von OPORA, die ebenso wie auch der CVU und im Gegensatz zum NDI die Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des neuen Wahlgesetzes nicht verlassen hat, damit, dass die ukrainischen NGOs ihren Verhandlungsspielraum in der Arbeitsgruppe maximal ausgenutzt hätten, und dass sie zum Beispiel in der Frage der einheimischen Wahlbeobachtung gute Verhandlungserfolge erzielt und deren Möglichkeiten bedeutend erweitert hätten.

Die Position des OSZE Koordinators in der Ukraine äußerte **Tigran Karapetyan**. Die OSZE, so Karapetyan, reagiert und ist behilflich nur bei konkreten Anfragen. So hat die OSZE die Entwicklung des Wählerregisters in der Ukraine unterstützt, sowie bei der Ausbildung von Wahlkommissionen – in Zusammenarbeit mit den einheimischen Wahlbeobachtungsorganisationen - geholfen. 2010 wurde, so Karapetyan, das Wählerregister erfolgreich eingeführt, die Ausbildung von 90.000 Wahlkommissionsteilnehmern wurde unterstützt. Es ist geplant die Möglichkeiten der Zentralen Wahlkommission zur Ausbildung von Mitgliedern der Wahlkommissionen weiter zu unterstützen sowie bei der Entwicklung einer unifizierten Wahlgesetzgebung zu beraten.

Lilja Schibanowa aus Moskau wies auf die Tatsache hin, dass die aktuelle Situation in der Ukraine viele Parallelen zu der Situation in Russland 2004/2005 habe. Das Wahlgesetz wurde in Russland 2004/2005 erheblich verändert und führte dazu, dass 2007/2008 in die russische Duma keine einzige liberale Partei mehr eingezogen ist. Sie empfahl den ukrainischen Wahlbeobachtungsorganisationen, sich keine Hoffnung auf den gemeinsam mit der Regierung erarbeiteten Gesetzentwurf zu machen. Besser, wäre es, so Schibanowa parallel, wie es die russischen Organisationen gemacht haben, einen unabhängigen Gesetzentwurf zu entwickeln und im Parlament einzureichen. Außerdem empfahl sie, die Grundlagen für eine kompetente und kritische Wahlbeobachtung seitens der Gesellschaft wieder einzuführen.

Das dritte Panel an dem Tag war der **Parteienfinanzierung** gewidmet. Moderiert von **Slavko Pavlyuk** (PAUCI Stiftung) diskutierten Erna Viktoria Xalter (Präsidentin des Verwaltungsgerichts Berlin), Denis Kovryzhenko (Laboratorium für Gesetzgebunginitiativen, Kiew) und Marcin Walecki (ODIHR/OSZE).

Erna Viktoria Xalter erklärte den Teilnehmern das deutsche System der Parteienfinanzierung. Sie sprach davon, dass die Rechenschaftspflicht in Deutschland in der Verfassung geregelt ist. Die Parteien in Deutschland finanzieren sich, so Xalter, durch eigene Einnahmen und Spenden, es gibt auch staatliche Finanzierung, die einen bestimmten Betrag nicht übersteigen darf und die in ihrer Höhe an die Einnahmen aus Spenden bzw. das Wahlergebnis der Parteien geknüpft ist. Gesetzlich ist die Behandlung von anonymen Spenden geregelt. Besonders interessant für die Zuhörer waren die Fälle aus der deutschen Justiz, auf die Xalter einging. So berichtete sie von Strafen für NPD für die Ausstellung von fiktiven

Spendenbescheinigungen, sowie von Spendenskandalen anderer deutscher politischer Parteien.

„Demokratie soll Geld kontrollieren und nicht Geld - die Demokratie“ - mit diesem Statement plädierte **Marcin Walecki** für mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung. Er betonte, dass es sich seiner Meinung nach nicht lohnt, ein kanadisches oder europäisches Model der Kontrolle über die Parteifinanzierung einzuführen, sondern die Ukraine soll ihren eigenen Weg dabei suchen, mit einigen wichtigen Standards, die sie dabei zu beachten hat. Unter diesen Standards sind Transparenz, Kontrollstandards, Wirtschaftsprüfung, Einführung eines Organs für die innere Kontrolle des Systems und der Mechanismus von Sanktionen wichtig.

Denis Kovryzhenko ging in seinem Beitrag auf die bestehenden Probleme der Parteifinanzierung ein. Zentrale Probleme seien die fehlende direkte staatliche Finanzierung, mangelnde Mitglieder und damit Beitragszahler in den Parteien kein öffentlicher Zugang zu Rechenschaftsberichten und das Fehlen eines festen Kontrollorganes. Außerdem betonte er, dass das Wahlgesetz mit dem Parteiengesetz nicht kongruent sei. Er plädierte für Transparenz und Kontrolle bei der Parteifinanzierung, die unter Berücksichtigung der ukrainischen Realitäten entwickelt werden sollte.

Im Abschlusspanel der „Siebten Kiewer Gespräche“ sprach **Ernst Hillebrand** (Leiter des Referates Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung) über die Perspektiven der politischen Parteien und politischen Bewegungen in der Ukraine. Das Panel wurde von **Andriy Kulikov** moderiert.

Ernst Hillebrand erörterte das „Phänomen der Postdemokratie“ am Beispiel von Großbritannien unter der Regierung von Tony Blair. Großbritannien hat eine massive Krise der Legitimität und Akzeptanz von Parteien erlebt. Als Symptome für diese Krise nannte er eine niedrige Wahlbeteiligung, das fehlende Interesse an der Arbeit der Parteien seitens der Bevölkerung, die Erhöhung des Durchschnittsalters der Parteimitglieder und geschlossene Parteistrukturen. Die Parteimitgliedschaft, so Hillebrand, funktionierte nicht richtig, es fand eine Schwächung der Kommunikationskanäle zur Bevölkerung statt, was am Ende zur Schwächung der demokratischen Elemente führte und zum Einflussverlust der Parteien. Die sozialen Veränderungen, die zurzeit in der globalisierten Welt stattfinden, haben ihre Auswirkungen auch auf die Parteilandschaften. Die politischen Parteien wirken nun als politische Akteure in einer Zeit der Auflösung herkömmlicher gesellschaftlicher Schichten und Strukturen, die doch früher die Basis für eben diese Parteien war. Er wies darauf hin, dass die politischen Parteien sich an die sozialen und ökonomischen Realitäten anpassen müssen, mehr Menschen in die Parteitätigkeit einbeziehen und verstärkt die Elemente der „unmittelbaren Demokratie“ benutzen sollten. Die Menschen sollen mehr und vielfältigere Möglichkeit bekommen, am politischen Leben mitzuwirken und die Parteien sollten zu einem Vermittlungsglied zwischen den Bürgern und Regierung werden, so Hillebrand. In der anschließenden Diskussion mit den Gästen der „Kiewer Gespräche“ wurde die Frage diskutiert, wie man diese Veränderungen nun auf die ukrainische Realität anpassen könne und wie man analysieren könnte, welche Zukunftsvisionen es für die Entwicklung der ukrainischen Parteilandschaft gibt. Moderiert von TV Moderator Kulikov entwickelte sich eine lebhafte Diskussion in der zentrale Fragen der gesamten Konferenz behandelt und unter den Teilnehmern der Tagung verhandelt wurden.

Protokoll: Oleksandra **Bienert**, Europäischer Austausch, Berlin